

Hans von Boeckh

Staat und Staatsbürger

in guten und bösen Zeiten



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

HANS VON BOECKH

Staat und Staatsbürger

Staat und Staatsbürger

in guten und bösen Zeiten

Von

Hans von Boeckh



DUNCKER & HUMBLOT / BERLIN

Alle Rechte vorbehalten
© 1975 Duncker & Humblot, Berlin 41
Gedruckt 1975 bei Buchdruckerei A. Sayffaerth - E. L. Krohn, Berlin 61
Printed in Germany
ISBN 3 428 03526 7

Inhaltsverzeichnis

Kritische Betrachtungen zur Zeitgeschichte	13
---	----

Erster Teil: Staat

I. Macht des Staates	17
1. Wesen des Staates	17
2. Staatsgewalt	18
3. Beherrschung des Staates	21
4. Mißbrauch der Macht	22
II. Elemente der Staatsmacht	23
1. Staatsgebiet	23
2. Staatsvolk	24
3. Volkswirtschaft	26
4. Militär	27
5. Staatsapparat	28
III. Rechtliche Ordnung des Staates	29
1. Freiheit des Menschen	29
2. Gemeinschaftliche Ordnungsformen	31
3. Rechtsordnung	34
IV. Staatsformen	40
1. Verfassung	40
2. Freiheitliche Demokratie	41
3. Sozialismus	42
V. Parlamentarische Demokratie	42
1. Volk	42
2. Wahlrecht der Bürger	43
3. Politische Parteien	44
4. Wahlen	51
5. Abgeordnete	55
6. Parlament	62
7. Regierung	66
8. Staatsoberhaupt	68
9. Reformen des Parlamentarismus	69

VI. Demokratischer Rechtsstaat	71
1. Schranken der Staatsmacht	71
2. Grundrechte	72
3. Grundpflichten	76
4. Freiheitliche Wirtschaftsordnung	77
5. Dreiteilung der Gewalten	79
6. Selbstbehauptung des demokratischen Rechtsstaates	82
VII. Sozialistischer Staat	84
1. Marxismus — Leninismus	84
2. Verfassung der DDR	86
3. Konzentration des politischen Willens	86
4. Einheit der Gewalten	87
5. Sozialistische Gesetzlichkeit	90
6. Grundrechte und Grundpflichten	91
7. Ökonomisches System des Sozialismus	92

Zweiter Teil: Politik

I. Staat und Politik	96
II. Aufgaben des Staates	97
III. Wahrnehmung von Interessen	98
IV. Konservative, progressive oder revolutionäre Politik	99
V. Methoden der Politik	100
1. Planungen	100
2. Verhandlungen	101
3. Entscheidungen	101
4. Kontakte mit der Bevölkerung	102
VI. Anwendung von Gewalt	102
VII. Hemmnisse und Grenzen der Politik	103
1. Langwieriges Verfahren der Gesetzgebung	103
2. Finanzielle Belastung	104
3. Leistungsfähigkeit der Wirtschaft	104
4. Erhaltung des Besitzstandes	105
5. Realpolitik	106
6. Rechtliche Schranken	106
7. Moralische Hemmnisse	106
VIII. Handlungsfähigkeit der Regierung	107

IX. Bilanz der Politik	109
1. Statistische Daten	109
2. Erfolg oder Mißerfolg	110
3. Votum der Wähler	111

Dritter Teil: Umsturz der Staatsordnung

I. Druck, Drohung und Gewalt	112
II. Staatsstreich	113
III. Revolution	114
IV. Gewalt und Recht	117
1. Legalität gegen Illegalität	117
2. Phase der Rechtsunsicherheit	118
3. Normative Kraft des Faktischen	118
4. Bestrafungen und Belohnungen	119

Vierter Teil: Außenpolitik

I. Völkerrecht	120
II. Auswärtiger Dienst	121
III. Internationale Organisationen	122
IV. Bereiche der Außenpolitik	122
V. Politik der Interessen	123
VI. Völkerrechtliche Verträge	125
VII. Zwischenstaatliche Konflikte	126
VIII. Urteil der Geschichte	127
IX. Korrektur des Geschichtsbildes	128

Fünfter Teil:

Friedliche Beilegung internationaler Streitigkeiten

I. Diplomatische Verhandlungen	130
II. Schiedsgerichtsbarkeit und internationale Gerichtsbarkeit	130
III. Völkerrechtliches Unrecht	131
IV. Verzicht auf Gewaltanwendung	132

V. Verbot von Angriffskriegen	133
VI. Vereinte Nationen	134
VII. Illusion eines Weltstaates	136
VIII. Konflikts- und Friedensforschung	137

Sechster Teil: Krieg

I. Krieg als Mittel der Politik	139
1. Vorbereitungen für den Kriegsfall	139
2. Entstehung von Kriegen	140
3. Bündnisse	142
4. Neutralität	144
II. Kriegführung	146
1. Gestaltung der Geschichte	146
2. Kriegsschauplatz	146
3. Perfektion der Kriegsmaschinerie	148
4. Militärische Operationen	149
5. Wirtschaftskrieg	151
6. Propagandakrieg	152
7. Kalter Krieg	153
8. Realistische Betrachtung des Krieges	154
III. Krieg und Recht	155
1. Kriegsrecht	155
2. Kriegsverbrechen	159
3. Kriegsverbrecher-Prozesse	165
4. Internationale Strafjustiz	168
5. Humanisierung des Krieges	168

Siebter Teil: Herrschaft der Besatzungsmacht

I. Kriegerische Besetzung feindlichen Staatsgebietes	170
II. Besondere Okkupationsordnung	171
III. Deutsches Besatzungsregime im 2. Weltkrieg	172
IV. Herrschaft der alliierten Militärregierungen in Deutschland	173
1. Totale Entmachtung Deutschlands	173
2. Automatischer Arrest und Entnazifizierung	174
3. Tiefstand der Lebenshaltung	176
V. Ende des Besatzungsregimes in Deutschland	177

Achter Teil: Friedensschluß

I. Beendigung des Krieges	178
II. Friedensschluß außerhalb des Völkerrechts	178
III. Dominierende Position des Siegers	180
1. Vereinbarungen der Bundesgenossen	180
2. Verhalten der Neutralen	181
IV. Inhalt des Friedensschlusses	181
1. Änderung der Staatsgrenzen	182
2. Kriegsentschädigung	183
V. Friedensverhandlungen	184
VI. Diktat des Siegers	185
1. Erhaltung der Überlegenheit	185
2. Gefahr neuer Konflikte	186
VII. Zustimmung des Besiegten	187
VIII. Rechtspolitische Postulate	188

Neunter Teil: Folgen der beiden Weltkriege

I. Zerschlagung Deutschlands	190
1. Verlust weiter Gebiete	190
2. Verlust der nationalen Einheit	191
3. Versagen der außenpolitischen Führung	192
4. Überforderung der Bevölkerung	198
II. Heutige Situation Deutschlands	200
1. Außenpolitische Ohnmacht	200
2. Wirtschaftspolitische Bedeutung	201
III. Politik der Bundesrepublik	205
1. Abwartende Ostpolitik	205
2. Ostverträge der Bundesrepublik	207
3. Ende oder Wiederherstellung der deutschen Einheit	208
4. Gestörtes Nationalbewußtsein	214
5. Mangel an Staatsbewußtsein und Idealismus	218
6. Demokratischer Sozialismus	220
7. Tragödie der deutschen Nation	221
IV. Spaltung Europas	222
1. Machtblock der Sowjetunion	222
2. Westliches Bündnissystem	225

3. Europäische Integration	228
4. Internationale Entspannung	231

Zehnter Teil: Staatsbürger in der Politik

I. Freiheitliche Demokratie	235
1. Politische Funktion der Staatsbürger	235
2. Politische Verantwortung	235
3. Politische Haftung	236
II. Totale Diktatur	236
1. Konzentration der Macht	236
2. Mißbrauch der Macht	237
3. Politische Propaganda	238
4. Unsicherheit und Angst der Bevölkerung	239
5. Verbleib in der Heimat	240
6. Emigration	241
7. Widerstand	242
8. Erhebung gegen Hitler	245
9. Bewältigung der Vergangenheit	246

Einführung

Die vorliegende Ausarbeitung, die den Staat und den Staatsbürger zum Gegenstand hat, ist als *Sachbuch* gedacht. Ihre Aufgabe ist es, in großen Zügen eine Gesamtdarstellung zu geben, die nicht auf bestimmte wissenschaftliche Disziplinen beschränkt, sondern sowohl juristisch als auch ökonomisch, soziologisch und politologisch ausgerichtet ist.

Die Grundlage bilden *Informationen* über wichtige Tatbestände und deren Problematik. Aus der unendlichen Vielfalt der praktischen Wirklichkeit wurde eine Auswahl des Wesentlichen getroffen. Die einzelnen Themen wurden logisch geordnet und in einen systematischen Zusammenhang gebracht. Das Ergebnis soll eine plastische Gesamtschau sein, bei der auf spezielle Einzelfragen verzichtet wurde, soweit sie nicht wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung erörtert werden mußten.

Leitbild war, eine objektive *Darstellung der Wirklichkeit* zu geben, die heute mehr denn je durch Schlagworte und Propaganda verdeckt wird. Eine abgerundete und ausgereifte Betrachtung des Staates, seiner politischen Betätigung und der Rolle des Staatsbürgers war das Ziel. Eine besonders schwierige Problematik war der Krieg. Dabei mußte zwangsläufig auch auf die politische Situation eingegangen werden, die durch die beiden Weltkriege entstanden ist. Dadurch gewinnt das Buch besondere Aktualität.

Diese Bestandsaufnahme zwang auch zu *kritischen Stellungnahmen*. Sie sollten ebenfalls so objektiv wie möglich sein, um dem Leser ein festes Fundament für seine eigene Meinungsbildung zu geben. Modische Zeitströmungen, parteipolitische Parolen und illusionäre Ideologien konnten keine maßgebenden Kriterien sein. Auch die öffentliche oder veröffentlichte Meinung war kein verbindlicher Maßstab. Tabus, die es heute wie eh und je gibt, durften einer sachlichen Beurteilung nicht im Wege stehen. Heiße Eisen mußten ohne Scheu behandelt werden.

Die sehr weit gefaßte Thematik des Buches ließ es nicht zu, sich jeweils mit der einschlägigen Literatur auseinanderzusetzen. Durch solche Diskussionen wäre der zügige Fluß der Gedankenführung gestört worden. Außerdem wären viele zusätzliche Seiten nötig gewesen, die den vorgesehenen Rahmen gesprengt hätten. Es wurde deshalb darauf verzichtet, ein Literaturverzeichnis beizufügen.

Hans von Boeckh

Kritische Betrachtungen zur Zeitgeschichte

In weiten Teilen der Welt herrschen Unsicherheit und Unruhe. Viele Völker erfahren einen grundlegenden Wandel des privaten und öffentlichen Lebens. Die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Ordnungen befinden sich in einer Phase ständiger Umgestaltungen und Reformen. Die Rechtsnormen bedürfen laufender Veränderungen, um sie der fortschreitenden Entwicklung der menschlichen Vorstellungen anzupassen. Manche Ideale der Vergangenheit haben ihren Wert verloren. Ehre, Treue und Kameradschaft gelten nicht mehr soviel wie früher. Appelle an Opfermut und Vaterlandsliebe finden keinen großen Anklang. Moralische Gebote haben wenig Gewicht. Selbst der religiöse Glaube der Kirchen hat viel von seiner Überzeugungskraft eingebüßt. Dafür ist der materielle Wohlstand das Leitmotiv geworden. Ihm entspricht das Streben der Unternehmer und der Gewerkschaften nach wirtschaftlicher Macht, die sich auch politisch auszuwirken vermag. Der weltanschauliche Materialismus beherrscht nicht nur die sozialistischen Länder. Er ist auch in den Staaten des Westens, deren Völker dem Christentum angehören, ein entscheidender Faktor.

Die Beziehungen und Verbindungen zwischen den einzelnen Staaten werden immer enger und intensiver. Durch die Beendigung des Kolonialismus sind auch die Völker zu gleichberechtigten Partnern geworden, die früher keinen eigenen politischen Willen bilden konnten. In den Vereinten Nationen hat diese Gemeinsamkeit organisatorischen Ausdruck gefunden. Daß zwischen den einzelnen Völkern grundlegende Unterschiede weltanschaulicher und politischer Art bestehen, ist kein unüberwindliches Hindernis weltweiter Verständigung. Die Schrecken der beiden Weltkriege haben überall die Sehnsucht nach friedlicher Zusammenarbeit geweckt.

Die Kräfte, die diese tiefgreifenden Veränderungen des menschlichen Lebens hervorgerufen haben, sind weiterhin wirksam. Das Tempo der Entwicklung wird immer schneller. Die Zeit ist damit zu einem entscheidenden Faktor der Geschichte geworden. Wohin der Weg gehen wird, läßt sich kaum voraussagen, weil zu viele Energien am Werke sind. Den Futurologen bietet sich ein weites Feld für Spekulationen. Inwieweit diese Illusionen oder Realitäten sein werden, wird die Zukunft zeigen. Sicher ist nur, daß die Welt im Jahre 2000 ein ganz anderes Gesicht haben wird als heute.

In diesem Umbruch hat der Staat eine bedeutende Aufgabe und Funktion. Er hat dafür zu sorgen, daß nach Möglichkeit eine kontinuierliche und sinnvolle Entwicklung eintritt, die ein Chaos vermeidet. Das Wohl der Menschen sollte das oberste Ziel sein. Seiner Tätigkeit kommt deshalb entscheidende Bedeutung zu. Dies gilt auch für die Bereiche der Gesellschaft und der Wirtschaft, da sich diese ohne rechtsverbindliche Maßnahmen nicht umgestalten oder reformieren lassen.

Der Staat ist die stärkste Organisation weltlicher Macht. Durch seine Politik bestimmt er das Schicksal des Volkes. Die von ihm gesetzte Rechtsordnung besteht aus einer Unzahl von Normen, die durch Gebote und Verbote das private und öffentliche Zusammenleben regeln. Die Menschen sind in ein unübersehbares Netz von Vorschriften eingespannt, auch wenn ihnen dies nicht zum Bewußtsein kommt. Die Verfassung grenzt die Freiheit des einzelnen und die Macht des Staates voneinander ab. Beide Elemente müssen in sinnvoller Weise miteinander verbunden werden, um eine gedeihliche Zusammenarbeit zu ermöglichen. In der rechtsstaatlichen Demokratie ist die menschliche Persönlichkeit ein besonders wertvolles Gut, das zu wahren und zu schützen ist. Hoheitlicher Zwang soll sich deshalb auf die Maßnahmen beschränken, die zur Erfüllung gemeinschaftlicher Aufgaben nötig sind. Im sozialistischen Staat steht dagegen die Gesellschaft im Vordergrund. Eingriffe aller Art zwingen die Bevölkerung, ihre persönlichen Interessen diesem Postulat unterzuordnen. Eine kritische Analyse hat daher von dieser Antithese der Grundordnungen, die auch für die Gesellschaft und die Wirtschaft gilt, auszugehen. Zugleich sind aber auch sehr viele Gemeinsamkeiten aufzuzeigen.

Die Tätigkeit des Staates wird durch die Politik bestimmt. Sie ist unendlich vielgestaltig und stets im Fluß. Meist ist ihr Ziel die Wahrnehmung von Interessen einzelner Gruppen der pluralistischen Gesellschaft, des gesamten Volkes und des Staates. In diesem Widerstreit der Anliegen und Belange vermag sich nur durchzusetzen, wer die hierzu erforderlichen Eigenschaften besitzt. Er muß aber auch den Einfluß und die Macht haben, die nötig sind, um seine Gegner zu überspielen oder auszuschalten. Diese Macht zu erlangen und zu behalten gehört daher zum Wesen der Politik.

Das politische Geschehen besteht aus zahllosen einzelnen Vorgängen. Trotzdem lassen sich gewisse charakteristische Elemente erkennen, die — wenn auch in verschiedenen Variationen — immer wieder in Erscheinung treten. Dabei ist von den tatsächlichen Gegebenheiten auszugehen, die entsprechend zu sichten und auszuwählen sind. Aus ihnen sind sodann bestimmte Kategorien von Formen und Fakten abzuleiten, die als typisch gelten können. Dadurch soll ein plastisches